










## Übersicht der Antworten\*

Frage	SPD	B90/Die Grünen
1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in Leipzig verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq* Personen erfahren?		
2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in Leipzig verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?		
3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq* Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?		
4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in Leipzig zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?		
5. Was planen Sie, um Lsbtiq* Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?		
6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq* Personen in Leipzig schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?		
7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?		
8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?		

\*wir haben alle Geschäftsstellen von CDU, SPD, FDP, Die Linke, B90/Die Grünen angeschrieben, aber nicht von allen eine Antwort erhalten.

## SPD Leipzig

### 1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen in Leipzig verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die Lsbtiq\* Personen erfahren?

Als Sozialdemokrat:innen stehen wir dafür: Menschen dürfen nicht aufgrund des Geschlechts, einer Behinderung, des Alters, ihrer Herkunft, Religion, Familienform oder sexuellen Identität benachteiligt werden. Besonders wichtig ist uns daher die Stärkung von Beratungsangeboten und Initiativen, die Antidiskriminierungsarbeit leisten.

Sachsen ist bunt und vielfältig. Gegenwärtig ist die Akzeptanz für queere Menschen noch nicht selbstverständlich. Mehr Akzeptanz erreichen wir durch mehr Aufklärung. Die Akzeptanz von verschiedenen Lebensentwürfen möchten wir daher weiter aktiv fördern. Nur dann können Menschen so frei leben, dass sie offen dazu stehen können, wer sie sind und was sie ausmacht. Die Förderprogramme und Strukturen für Projekte, Initiativen und Vereine, die sich für LSBTIQ\* einsetzen, wollen wir fortführen. Vielfalt ist eine Bereicherung für die Gesellschaft, egal ob an der Schule, im Sportverein oder am Arbeitsplatz. Das Bewusstsein hierfür wollen wir stärken. Wir fördern Vereine und Initiativen, die sich für ein Mehr an Vielfalt einsetzen, und für eine aufgeklärte Gesellschaft und ein weltoffenes Sachsen stehen.

Der Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen war ein wichtiger Grundstein dafür.

Im Zuge dessen sehen wir bspw. das Modellprojekt zum anonymisierten Bewerbungsverfahren und dessen anschließende Weiterentwicklung und Umsetzung in der gesamten Staatsregierung als sehr wichtig an. Führungskräfte werden qualifiziert über Weiterbildungen im Bereich „Diversity-Management“.

Unser Ziel ist nicht nur, diese Strategien und Aktionspläne weiterzuentwickeln, sondern auch ein Landesantidiskriminierungsgesetz zu erarbeiten. Das soll vor allem die Lücken schließen, die das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG) der Bundesebene gelassen hat. Natürlich sind in die Erarbeitung auch die Evaluationen des AGG einzubeziehen.

Im Leipziger Stadtrat wird seit 2022 durch den Antrag unserer SPD-Fraktion (VII-A-02798-NF-03) in der alljährlichen Ratsversammlung jährlich über die Lebenssituation von Lsbtiq\* Personen in Leipzig und über konkrete Vorfälle von Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit berichtet. Damit werden im politischen Umfeld die Bedürfnisse und Interessen von Lsbtiq\* Personen hörbar gemacht. Der Bericht wird in der Ratsversammlung im Mai vorgestellt anlässlich des Internationalen Tags gegen Homo-, Trans\*- und Interphobie am 17. Mai.

Werden Anträge/Vorlagen in der Ratsversammlung zur Abstimmung gestellt, die die Bedürfnisse von Lsbtiq\* Personen vertreten, ist es für uns selbstverständlich, diese zu unterstützen.

### 2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in Leipzig verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?

Es ist gut, dass in immer mehr Städten in Sachsen der Christopher Street Day (CSD) gefeiert wird. Für die SPD ist es selbstverständlich, die Organisator:innen in ihrer wichtigen Arbeit für LSBTIQ\*-Rechte zu unterstützen und am Christopher Street Day mitzufeiern und gemeinsam für Akzeptanz und Vielfalt und gegen Homo- und Transfeindlichkeit zu demonstrieren.

Bereits 2021 hat unsere SPD-Ratsfraktion durch ihren Antrag (VII-A-02798-NF-03) erwirkt, dass seit 2022 jährlich anlässlich des Internationalen Tags gegen Homo-, Trans\*- und Interphobie am 17. Mai die Regenbogenfahne vor dem Rathaus gehisst wird. Dass die Regenbogenfahne auch am CSD gehisst wird, ist seit 2009 auch durch unser positives Votum in der Ratsversammlung ermöglicht worden. Zudem wird aufgrund dieses Antrages eine geeignete öffentliche innerstädtische Fläche gesucht, die in Regenbogenfarben - als Zeichen sichtbarer Solidarität mit Lsbtiq\* Personen - gestaltet werden soll.

Im nächsten Sächsischen Landtag werden wir uns als SPD weiterhin um eine Verfassungsreform bemühen, die auch zu mehr Sichtbarkeit für queere Lebensentwürfe führen soll. Diskriminierungsverbote sind dabei ein wichtiges Achtungszeichen in unserer Gesellschaft und sollen Menschen davor schützen, aufgrund ihrer

Persönlichkeitsmerkmale ungleich behandelt zu werden. Dazu gehören Geschlechtsidentität, Religion und nationale Herkunft genauso wie Alter und soziale Stellung, sexuelle Orientierung, Weltanschauung und Behinderung. Wir wollen dies im Gleichheitsgrundsatz abbilden.

3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq\* Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?

Gleichstellung, das ist das Zusammenspiel aller. Sie kann nur gelingen, wenn wir am gleichen Strang ziehen. Wir wollen das Verständnis hierfür stärken und Gleichstellung gemeinsam leben. Davon profitieren wir schließlich alle.

Die Öffnung der kommunalen Gleichstellungsstellen für LSBTIQ\* Belange und Themen ist dabei ein bedeutender Schritt in Richtung gleicher Rechte für alle Bürger:innen. Dies trägt dazu bei, Diskriminierung abzubauen und eine vielfältige und respektvolle Gesellschaft zu fördern. Dazu sollte der Kontakt zu den bereits vorhandenen Beratungsstellen intensiviert werden. Unser Ziel ist es, Räumlichkeiten wie Seniorenbüros, Jugendeinrichtungen und andere mehr zu öffnen. Dabei kann eine Entwicklung von Einrichtungen für alle Menschen eine Idee sein. Dazu müssen alle Akteure an einen Tisch kommen. Dies möchten wir in Zukunft forcieren.

4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in Leipzig zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?

Im Landesaktionsplan ist bereits festgehalten, dass die Leiterinnen und Leiter der Erstaufnahmeeinrichtungen informiert und sensibilisiert werden sollen. Außerdem wurde das Gewaltschutzkonzept für diese Einrichtungen mit Blick auf LSBTI\*-Personen angepasst und sollte auch weiterhin weiterentwickelt werden.

Das sächsische Netzwerk für den Schutz, die sichere Unterbringung und die weitere Betreuung von gewaltbetroffenen LSBTTIQ-Geflüchteten wollen wir weiter unterstützen. Die merkmalsübergreifende Beratung wollen wir weiter unterstützen. Hier sind besonders die Antidiskriminierungsarbeit und Antidiskriminierungsberatung, die wir erstmals einrichten und aufbauen konnten, wertvoll und zu unterstützen.

Das Sächsische Teilhabe- und Integrationsgesetz wurde von uns auf den Weg gebracht. Es verdeutlicht, dass Integration keine vorübergehende Aufgabe ist, sondern fester Bestandteil in unserer Gesellschaft. Wir werden es mit allen Akteur:innen in Sachsen weiterentwickeln.

Integration findet vor Ort statt. Dort müssen Menschen ankommen können, Kontakt und Unterstützung finden sowie Angebote für Freizeit und Arbeit haben. Für die vielfältigen Aufgaben der Integration wollen wir die Kommunen verlässlich ausstatten und die Pauschalen anpassen. Zukünftig sollen unter dem Dach kommunaler Integrationszentren die Integrationsangebote in allen Landkreisen und kreisfreien Städten auf dem gleichen Niveau gemacht werden.

Wir wollen, dass Sachsen genügend Erstaufnahmekapazitäten für geflüchtete Menschen vorhält. Bei der Verteilung muss das Land endlich eine Koordinierungsrolle annehmen. Flüchtlingssozialarbeit soll Wissen über das Leben und die nötigen (ersten) Schritte in Sachsen vermitteln, Integrationsanschub sein sowie besonders vulnerablen Gruppen ihren Bedürfnissen entsprechende Unterbringung und Versorgung sichern. Wir werden sie weiterführen. Alle Geflüchteten, ob minderjährig oder erwachsen, ob allein oder mit Familie geflohen, ob aus der Ukraine oder aus anderen Krisen- und Kriegsregionen, haben einen Anspruch, menschenwürdig untergebracht zu werden. Im Idealfall möglichst bald in dezentralen Wohnungen.

Im Fachplan Wohnungsnotfallhilfe 2023-2026, dem unsere SPD-Fraktion im Leipziger Stadtrat zugestimmt hat, wurde eine verbesserte Unterbringung von Lsbtiq\* Personen in Wohngemeinschaften in möblierten Gewährleistungswohnungen vereinbart, die soziale Betreuung erfolgt durch das Sozialamt.

In den bestehenden Notunterkünften für Männer und Frauen wird ein Austausch mit den Nutzerinnen und Nutzern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern organisiert, um über verschiedene Geschlechtsidentitäten zu informieren und für Toleranz zu werben.

## 5. Was planen Sie, um Lsbtiq\* Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfestrukturen einsetzen?

Mit Sorge beobachten wir den Anstieg aggressiven Verhaltens gegenüber queeren Menschen. Die Angriffe gegen queere Menschen und Feminist:innen nehmen in Sachsen stetig zu – in Worten und Taten. Sie haben unsere Solidarität und Unterstützung. Besonders wichtig ist uns daher der Gewaltschutz für queere Menschen. Hierfür braucht es effektive Schutzkonzepte und mehr Beratungs- und Unterstützungsangebote – in den Städten und auf dem Land – sowie eine landesweite Kampagne gegen Queerfeindlichkeit.

Die Propaganda gegen Gleichstellung und LSBTIQ\* ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, auch antifeministische Bewegungen erstarben. Dem müssen wir mit Aufklärung und Bildungsarbeit entgegenzutreten, um einer drohenden gesellschaftlichen Rolle rückwärts entgegenzuwirken. Projekte müssen hierfür bei ihrer Aufklärungsarbeit unterstützt werden. Das gilt insbesondere auch für die Aufklärung an Schulen.

Im Rahmen der sächsischen Polizeiarbeit haben wir dafür gesorgt, dass Ansprechpersonen für LSBTIQ\* in der Polizei Sachsen etabliert wurden, die sich verantwortlich fühlen und dafür qualifiziert sind. Außerdem können Hasskommentare nunmehr leichter und schneller über die Online-Wache angezeigt werden; Betroffene können sich u.a. an die spezialisierte Zentrale Ansprechstelle für Opfer (rechts-)extremistischer Bedrohungen (ZASTEX) wenden und dort Hilfe erwarten.

Weil Rassismus, Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht nur das gesellschaftliche Klima vergiften, sondern auch für betroffene Menschen eine große Gefahr für Leib und Leben sind, stehen wir für konsequente Strafverfolgung und die Förderung von Präventionsarbeit ein.

Zusätzlich ist es wichtig, dass Informationen zu Hilfsangeboten und -strukturen möglichst niedrigschwellig verfügbar sind. Dazu sollten die Netzwerke der verschiedenen Beratungsstellen gebündelt werden. Eine Idee kann hier eine „Help-Card“ sein, bei der alle wichtigen Informationen zusammengefasst sind. Ähnliches gibt es zum Beispiel für Akut-Hilfsangebote für wohnungslose Menschen. Diese hat sich in der täglichen Arbeit der Streetworker bewährt.

## 6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq\* Personen in Leipzig schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?

Wir bestärken Kinder und Jugendliche darin, so zu leben und sich zu definieren, wie sie das wollen. Queere Lebensentwürfe und die Aufklärung darüber gehören daher in den Lern- und Lebensalltag von jungen Menschen. Wir wollen, dass sie frei von Diskriminierung aufwachsen können, dafür braucht es Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, wie auch an allen Bildungseinrichtungen. Die Bildungsarbeit von Vereinen wie RosaLinde, Gerede und Different People schätzen wir sehr.

Kommunen prägen mit ihren Angeboten das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen erheblich. Daher darf die örtliche Kinder- und Jugendhilfe auch bei schwieriger Haushaltslage nicht ins Hintertreffen geraten. Mit einem Landesprogramm Kinder- und Jugendarbeit werden wir daher die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken.

Heraushebend möchten wir sagen: Die Arbeit des RosaLinde Leipzig e.V. unterstützen wir, zuletzt mit der Zustimmung unserer Fraktion in der Ratsversammlung im März 2024 zu einer außerplanmäßigen Fördersumme aus kommunalen Mitteln in Höhe von 60.000 EUR, um den Fortbestand des führenden Vereins im Bereich Beratung/Unterstützung von Lsbtiq\* Personen zu sichern. Denn queere Bildungsarbeit zu unterstützen ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Wir wollen auch, dass alle Kinder und Jugendliche eine Ansprechperson bei Problemen und Herausforderungen des Alltags haben, z.B. bei queerfeindlichen Angriffen. Dafür werden wir die Kita- und Schulsozialarbeit weiter ausbauen. Zudem stärken wir die außerschulische Soziale Arbeit und sorgen für eine verlässliche Finanzierung.

Es ist uns wichtig, dass Kinder und Jugendliche mehr Vertrauen und Gestaltungsspielräume erhalten, um sich selbst zu entfalten und zu entwickeln. Selbständigkeit und Verantwortung muss man ausüben, um sie einüben zu können. Deshalb legen wir in unserer Jugendpolitik den Schwerpunkt auf Rechte und Freiräume.

Die Teilhabe von Jugendlichen an Entscheidungen, die ihr Leben und ihren Alltag betreffen, muss an allen Orten endlich selbstverständlich werden. Deshalb setzen wir uns für eine Demokratisierung

der Schule, für eine Absenkung des Wahlalters und für die praktische Umsetzung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung ein.

*7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?*

Bisher hat unsere Ratsfraktion dazu noch keinen Antrag eingereicht, wir möchten dieses Vorhaben aber künftig unterstützen. Gerade bei Neubauten sollten aus unserer Sicht Unisex-Toiletten mitgedacht werden. Sie erhöhen auch die Flexibilität der Nutzung und reduzieren bei guter Planung sogar unter Umständen Baukosten.

*8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?*

Ja, wir benutzen geschlechtergerechte Sprache. Denn Sprache verändert das Bewusstsein. Wir treten dafür ein, dass überall in der Gesellschaft frei darüber entschieden werden kann, ob die geschlechtergerechte Sprache verwendet wird. Mit \* oder ohne, das entscheiden alle Sächsinen und Sachsen in der Arbeitswelt und im Privatleben selbst. Entschiedenenes Eintreten gegen Verbotskultur bedeutet auch, geschlechtergerechte Sprache nicht zu verbieten. Dabei nutzen wir innerhalb unserer Partei Schulungen und Seminare durch die Arbeitsgemeinschaft der SPD Frauen und unserer parteiinternen antidiskriminierungsbeauftragten Personen.

Im Freistaat Sachsen ist die Staatsregierung bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen per Verwaltungsvorschrift verpflichtet, geschlechtergerechte Sprache zu verwenden. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Die Verwaltungspraxis auf kommunaler Ebene ist verpflichtet, Bürger:innen in der Kommunikation entsprechend ihrem nach dem Personenstandsrecht eingetragenen Geschlecht zu adressieren. Seit dem Beschluss des Selbstbestimmungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag - auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion - wird es künftig einfacher sein, für lsbtqi\* Personen ihre geschlechtliche Identität bei den kommunalen Meldebehörden zu ändern und damit auch eine ihnen entsprechende Ansprache zu erfahren.

## BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Leipzig

*1. Wie wollen Sie die Lebensqualität queerer Menschen im Leipziger Land verbessern? Was tun Sie beispielsweise gegen die oftmals allgegenwärtige Diskriminierung, die lsbtqi\* Personen erfahren?*

Wir Bündnisgrüne stehen für Vielfalt und Toleranz. Wir wollen mehr Aufklärungsformate entwickeln, um Wissen zu vermitteln und Stereotype abzubauen. Beginnen wollen wir in den Schulen, wo Aufklärungsarbeit essenziell ist, um Jugendlichen in meist vulnerablen Phasen zu unterstützen und zu beraten. Aber auch viele Erwachsene sind leider noch nicht vertraut mit diversen Lebensentwürfen. Wir wollen Barrieren und Diskriminierung bekämpfen und die Menschen miteinander ins Gespräch bringen.

*2. Wie wollen Sie die Sichtbarkeit queerer Themen in Leipzig verbessern? Setzen Sie sich für eine Regenbogenbeflaggung öffentlicher Gebäude, beispielsweise am Christopher Street Day, als öffentlich sichtbares Bekenntnis zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein?*

Die Sichtbarkeit vielfältiger Lebensentwürfe liegt uns sehr am Herzen. In unserem Wahlprogramm fordern wir das Hissen der Regenbogenflagge an öffentlichen Gebäuden. Zudem zeigen wir seit Jahren eine starke Präsenz beim Christopher Street Day.

*3. Die kommunale Gleichstellungsarbeit ist primär auf die Gleichstellung von Männern und Frauen ausgerichtet. Wie stehen Sie dazu, diese Arbeit stärker für Lsbtiq\* Belange zu öffnen und die Zusammenarbeit von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Verwaltung und queeren Beratungsstellen zu intensivieren?*

In unserem Wahlprogramm fordern wir Beratungs- und Unterstützungsangebote für Queere in allen Bereichen; von der Schule bis hin zur Stadtverwaltung. Dort fordern wir die Einrichtung eines Diversity Managements, um queere Mitarbeiter\*innen besser zu unterstützen.

*4. Was wollen Sie tun, um eine sichere Unterbringung queerer Menschen mit Fluchterfahrungen in Leipzig zu gewährleisten? Setzen Sie sich für Personalschulungen in den jeweiligen Behörden und Geflüchtetenunterkünften ein?*

Wir setzen uns für eine umfassende Personalschulung ein, damit alle ankommende Menschen bestmöglich unterstützt werden, unabhängig ihrer Biografie. Zudem sollten aus unserer Sicht safe spaces für queere Menschen in Unterkünften geprüft werden.

*5. Was planen Sie, um Lsbtiq\* Personen vor Gewalt und Hasskriminalität zu schützen? Werden Sie sich für einen niedrigschwelligen Zugang zu kommunalen Hilfsstrukturen einsetzen?*

Wir wollen neue Hilfsangebote etablieren und Bestehende ausbauen und möglichst niedrigschwellig gestalten. Wo genau der Bedarf liegt, wollen wir mit Akteur\*innen vor Ort ausloten.

*6. Inwieweit wollen Sie eine sichtbare, offene Kinder- und Jugendarbeit für Lsbtiq\* Personen im Leipzig schaffen und/oder Begegnungsräume erhalten und ausbauen?*

Wir wollen vor allem mit Initiativen zusammenarbeiten, die sich bereits jetzt dieser wichtigen Aufgabe widmen und sie stärken. Z.B. haben wir die Rosalinde e.V. in den letzten Monaten mit allen Möglichkeiten unterstützt. Außerdem setzen wir auf Begegnungsräume für Kinder und Jugendliche, welche selbst gestaltet werden können und so zu safe spaces werden können.

*7. Setzen Sie sich für die Einführung von Unisex-Toiletten, beispielsweise in der eigenen Verwaltung, ein?*

Im aktuellen Wahlprogramm haben wir diese Forderung nicht aufgenommen.

*8. Wie stehen Sie zu geschlechtergerechter Sprache?*

Geschlechtergerechte Sprache ist ein wichtiger Baustein, um Vielfalt sichtbar zu machen und alle mitzunehmen. Wie wir sprechen beeinflusst, wie wir denken. Wir als Bündnis90/Die Grünen verwenden in allen Bereichen geschlechtergerechte Sprache und tragen diese auch nach außen. Darüber hinaus setzen wir uns auch für die Verwendung geschlechtergerechter Sprache in der Stadtverwaltung ein.